06 / 2012 www.sabine-baetzing.de 24.02.12

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,

Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Paul-Löbe-Haus
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Dierdorf
Hauptstraße 9
56269 Dierdorf

Telefon: (0 26 89) 92 99 20
Fax: (0 26 89) 92 99 21
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Gründungszuschuss – So gibt's erfolgreiche Unternehmer!

Jetzt hat es Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen erneut schwarz auf weiß: Der von ihr zusammengestrichene Gründungszuschuss war bisher ein voller Erfolg für Arbeitslose, die sich selbstständig machen wollen. Das zeigt die jüngste Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zum Gründungszuschuss für Arbeitslose.

Ursula von der Leyen hat nun dieses erfolgreiche Instrument durch die Umwandlung von einer Pflicht in eine Ermessensleistung praktisch begraben. Aus der Studie geht hervor, dass es Menschen mit dem Gründungszuschuss schaffen, der Arbeitslosigkeit zu entkommen. 80 Prozent der Gründerinnen und Gründer sind auch anderthalb Jahre nach der Unternehmensgründung noch selbstständig. Weitere zehn Prozent sind wieder sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Insgesamt ist der Gründungzuschuss also für 90 Prozent ein Ausweg aus der Arbeitslosigkeit. Ein Großteil verfügt mittlerweile über ein existenzsicherndes Einkommen und etwa ein Drittel der Gründer wird selbst als Arbeitgeber aktiv, im Durchschnitt schaffen sie zwei bis drei neue Stellen. Dies zeigt erneut, dass der finanzielle Kahlschlag von Schwarz-Gelb bei den Mitteln für die Arbeitsmarktpolitik falsch ist. Allein beim Gründungszuschuss hat Ursula von der Leyen die Mittel bis 2015 um zwei Drittel auf 500 Millionen Euro zusammengestrichen.

Durch die Umwandlung von einer Leistung, auf die ein Rechtsanspruch besteht, in eine Ermessensleistung hat sie den Gründungzuschuss praktisch abgeschafft. Denn: Ist das Geld knapp, dann werden sich die Vermittler in der Praxis gegen eine Förderung entscheiden. Schon jetzt erreichen uns jeden Tag Berichte von Arbeitslosen, die sich selbstständig machen wollten, und denen der Gründungszuschuss verwehrt wird.

Die Ministerin hat die Mittelkürzungen beim Gründungszuschuss mit angeblich hohen Mitnahmeeffekten begründet.

Doch auch hier kontert die Studie und belehrt die Bundesministerin eines Besseren. Mitnahmeeffekte, so das IAB, spielen eine geringere Rolle als bisher angenommen. Die Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales unserer Bundestagsfraktion lässt dies nicht so stehen und hat jetzt die Bundesregierung aufgefordert, in der nächsten Ausschusssitzung zu den Auswirkungen und den Folgen der Kürzungen beim Gründungzuschuss Stellung zu nehmen. Allein die Abschaffung dieses Instruments zeigt, dass es Schwarz-Gelb nicht um Chancen zur dauerhaften Integration in Arbeit mit ihren Reformen geht, sondern sie den Kahlschlag in der Arbeitsmarktpolitik nutzen, um ihre Klientelpolitik zu finanzieren. Chancenpolitik sieht anders aus.

Europa

Horn von Afrika – Was will Brüssel?

Die Bundesregierung muss umgehend das Parlament und die deutsche Öffentlichkeit über die Beratungen innerhalb der EU informieren, den Anti-Piraterie-Einsatz am Horn von Afrika auch auf die Küstengebiete Somalias auszudehnen. Es kann nicht angehen, dass die Abgeordneten, die den Einsatz erst vor wenigen Wochen um ein weiteres Jahr verlängert haben, aus den Medien erfahren, dass sich der Charakter dieses Einsatzes grundlegend ändern soll. Außenminister Westerwelle und Verteidigungsminister de Maiziere wären gut beraten, ihre Planungen offen zu legen und die Öffentlichkeit nicht nur scheibchenweise über die Beratungen innerhalb der EU zu informieren. Ohne eine Zustimmung des Bundestages ist eine solche Mandatsveränderung unzulässig. Das sollte auch der Bundesregierung bekannt sein. Selbst wenn nur Material der Piraten angegriffen werden soll, ist nicht auszuschließen, dass auch Menschen dabei zu Schaden kommen. Dies zeigt das Risiko, das mit einer Ausdehnung des Einsatzgebietes verbunden ist.

Ob der Nutzen einer solchen Ausdehnung in einem vertretbaren Verhältnis zu den wachsenden Risiken steht, ist fraglich. Auch deshalb ist die Bundesregierung in der Pflicht, hier schnellstmöglich für Klarheit zu sorgen.

Umwelt

Gorleben – Röttgen drückt sich vor der Verantwortung!

Vor dem jetzigen Treffen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Endlagersuchgesetz unterstützte die hessische Landesregierung den Vorschlag von Bundesumweltminister Norbert Röttgen, eine zusätzliche Bundesbehörde einzurichten. Die Trennung von Endlagerbetrieb und Genehmigung werden von Hessens Landesregierung als "zwingend notwendig" eingestuft. Soweit, so gut. Denn ein Blick in das Atomgesetz oder ein Anruf bei ihren Kollegen in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt hätte genügt, um der hessischen Umweltministerin Lucia Puttrich deutlich zu machen, dass Endlager-Betrieb und Endlager-Genehmigung in Deutschland längst getrennt sind.

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) ist für die Endlager Konrad, Morsleben und Asse als Betreiber gesetzlich zuständig. Puttrichs Kollegen in den Ländern sind die gesetzlich festgelegte Genehmigungsbehörde. Warum der spätere Betreiber eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle nicht auch die Standortsuche dafür durchführen soll, wird im aktuellen Regierungsentwurf von Bundesumweltminister Röttgen nicht erklärt.

Der Grund für sein Schweigen ist klar: durch seinen Entwurf soll das BfS entmachtet werden. Fakt ist auch: Durch ein rechtlich unabhängiges Bundesinstitut will sich das Bundesumweltministerium von der fachlichen und politischen Verantwortung für das Standortauswahlverfahren, die Erkundung und den Langzeitsicherheitsnachweis befreien. Röttgens Bundesinstitut soll eine Schlüsselstellung als Vorbereiter und Entscheider erhalten und kann auf Grund seiner unabhängigen Stellung weder vom Bundesumweltministerium noch vom Deutschen Bundestag kontrolliert werden.

Damit fehlt jegliche demokratische Kontrolle. Nach den vorgesehenen Regelungen besteht die Gefahr, dass das rechtlich unabhängige Bundesinstitut die wesentlichen Sicherheitskriterien beispielsweise für den Standortvergleich und die Führung des Langzeitsicherheitsnachweises praktisch selbst festlegt.

Unsere Bundestagsfraktion besteht darauf, dass alle wesentlichen Sicherheits- und Prüfungsmaßstäbe nach intensiver Öffentlichkeitsbeteiligung gesetzlich festgelegt werden. Die wesentlichen Sicherheitsziele müssen bereits jetzt formuliert und in ein Endlagerauswahlgesetz aufgenommen werden.

Energie: Keine Planung – keine Investitionen!

Zwei Nachrichten an einem Tag, die auf dem ersten Blick wenig miteinander zu tun haben, auf dem Zweiten aber diese ganze Misere der Energiepolitik deutlich machen: Der Netzbetreiber Tennet, zuständig für den Stromanschluss aller auf der Nordsee geplanten Windmühlen, stoppt komplett seine Ausbaupläne für Windkraft auf See. Zur selben Stunde meldet der norwegische Konzern Statkraft, dass er sein Gaskraftwerk in Emden einmottet und Pläne für ein neues Gaskraftwerk im Emder Hafen in die Schublade legt.

Das sind schrille Alarmzeichen, die selbst durch die Mauern des Kanzleramtes dringen müssten. Netz- und Kraftwerkbetreibern fehlt Planungssicherheit. Das bedeutet in der Praxis: Ohne Planungssicherheit keine Investitionen - ohne zügige Investitionen fährt die Energiewende vor die Wand.

Industrie und Gewerkschaften warnen längst vor diesen Folgen untätiger Politik. Um die Energiewende konzentriert und genau steuern zu können, braucht Deutschland endlich einen Masterplan für das revolutionäre industriepolitische Vorhaben. Der Masterplan kommt aber nicht nur durch Reden von Kanzlerin und Wirtschaftsminister zustande. Sie lassen Fakten vermissen.

Tatsächlich fehlt es sogar an Rechtssicherheit und belastbaren Regeln für den Fall, dass ein Offshore-Windpark verspätet ans Netz geschlossen wird. Wie aus einem Mund verlangen zum Beispiel RWE und Tennet verlässliche Rahmenbedingungen für den weiteren Ausbau der Offshore-Windkraft. Die Kontrahenten Umweltminister Röttgen und Wirtschaftsminister Rösler vergeuden mit ihrem sträflichen Hin und Her in der Energiepolitik mehr und mehr wertvolle Zeit. Wir brauchen dringend die politische Kompetenz für Energiepolitik und Netzausbau in einer Hand.

International

Syrien – Assad muss endlich gehen!

In der Vollversammlung der Vereinten Nationen haben 137 von 166 Staaten für eine sofortiges Ende der Gewalt in Syrien und den Rücktritt von Präsident Assad gestimmt - auch Deutschland und alle EU-Staaten.

Dies ist erneut ein prägnantes Votum der Weltgemeinschaft an den syrischen Präsidenten, sich seiner Verantwortung zu stellen und den Weg für ein Ende der Gewalt und einen Neuanfang in Syrien frei zu machen. Umso bedauerlicher ist es, dass China und Russland sich abermals an die Seite des syrischen Regimes stellen und sich dadurch immer stärker von der Mehrheit der Weltgemeinschaft abgrenzen.

Verbraucherschutz

Intensivtierhaltung – Privilege sollen wegfallen!

Unsere Bundestagsfraktion will das Baugesetz überarbeiten. Wir wollen die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um den Bau neuer Intensivtierhaltungen entschärfen.

Wir müssen den rechtlichen Rahmen zügig anpassen, um die Weiterentwicklung landwirtschaftlicher Betriebe zu ermöglichen. Das Bundesbauministerium hat sich gegen die Agrarlobby und gegen die schwache Agrarministerin durchgesetzt. Endlich gibt es einen Gesetzentwurf der Koalition. Die Privilegierung großer gewerblicher Intensivtierhaltungen soll wegfallen. Auch wir unterstützen dieses Ziel. Wir wollen zudem die Planungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der Kommunen stärken. Damit wollen wir die Ansiedlung und den Bau von gewerblichen Intensivtierhaltungen und auch von großen Biogasanlagen stärker steuern. Nur so sichern wir dauerhaft die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz landwirtschaftlicher Investitionsmaßnahmen.

Bonbon

„Wir brauchen im Schloss Bellevue keinen Heiligen, sondern einen, der sich an Recht und Gesetz hält."

(Thomas Oppermann, SPD)

Termine

25.02.12 ganztags	**Gemeinsame Klausurtagung SPD MdL und MdB**
27.02.12 – 02.03.12	**Sitzungswoche in Berlin**